

19.11.2009 - 15:31 Uhr

Sozialpartnerschaft - ein Schweizer Exportartikel? / Internationalen Tagung «Sozialpartnerschaft in der Schweiz, in Mittel- und Südosteuropa»

Zürich (ots) -

An einer Tagung des SAH und der Sozialpartner der Baubranche und Metallindustrie zum Thema Sozialpartnerschaft betonte heute Bundesrätin Micheline Calmy-Rey wie wichtig der Dialog zwischen Arbeitgebern und -nehmern für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa sei.

Die über hundert teilnehmenden Fachpersonen aus der Schweiz und sechs mitteleuropäischen Ländern waren sich einig, dass den sozialen Errungenschaften in der Schweiz und Europa Sorge getragen und eine Harmonisierung angestrebt werden muss - andernfalls drohten soziale und politische Instabilität.

Hans Hess, Vize-Präsident des Arbeitgeberverbandes Swissmem, betonte zu Beginn der Tagung, dass die Stabilität der Sozialpartnerschaft für die Arbeitgeber in der Schweiz einen ganz entscheidenden Standortvorteil bedeutet. «Die Sozialpartnerschaft hat den sozialen Frieden in der Schweiz, wie wir ihn heute kennen, ermöglicht und bildet damit eine wichtige Grundlage für die politische und wirtschaftliche Stabilität unseres Landes.» Renzo Ambrosetti, Co-Präsident Unia, unterstrich die Bedeutung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) als Basis der Schweizer Sozialpartnerschaft. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten nehme der Druck auf die GAV zu und die Gewerkschaften müssten für deren Weiterführung kämpfen.

In vielen Ländern Mittel- und Südosteuropas fehlt die Tradition des Sozialen Dialoges. Laszlo Herzog, Arbeitsminister in Ungarn, bekräftigte aber, dass sowohl in Ungarn wie im übrigen Europa Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände gefordert sind, diesen Dialog zu suchen. Nur so könne Europa die vielen anstehenden Herausforderungen - von der Wirtschaftskrise bis zum Klimawandel - meistern.

Der Schweizer Arbeitsfrieden sei akut gefährdet, warnte Petru Dandea, Vizepräsident des rumänischen Gewerkschaftsbundes Cartel Alfa. «Neoliberale Modelle, die einseitig auf Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes setzen, sind in Europa salonfähig geworden. Länder wie Rumänien setzen ihre tiefen sozialen Standards als Standortvorteil ein. Die Schweiz gerät so zunehmend unter Druck, ebenfalls soziale Errungenschaften und Arbeitsrechte abzubauen», sagte Dandea.

Vor diesem Hintergrund betonte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, wie wichtig es sei, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen EU-Ländern zu einer «Harmonisierung nach oben» führe. «Eine nachhaltige Wirtschaft mit sozialem Ausgleich in den neuen EU-Ländern ist auch in unserem Interesse. Sie trägt dazu bei, die Arbeitsbedingungen und das System der sozialen Sicherheit bei uns zu schützen», sagte Calmy-Rey. «Die Ostzusammenarbeit der Schweiz unterstützt deshalb Programme zur Förderung der Sozialpartnerschaft und zum Aufbau der Berufsbildung. Sie leistet damit einen Beitrag zu

einer sozialverträglichen Entwicklung. Das Arbeiterhilfswerk ist ein wichtiger Partner der DEZA in der Umsetzung dieser Programme.»

Das Schweizer Modell der Sozialpartnerschaft könnte zum erfolgreichen Exportartikel avancieren: Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags an die neuen EU-Ländern werden auch Projekte zur Förderung von Sozialpartnerschaft geplant. Das SAH ist dazu mit Partnerorganisationen in den neuen EU-Ländern in Kontakt.

Die SAH-Tagung stand unter der Schirmherrschaft des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA und wurde von den Sozialpartnern der Schweizer Baubranchen und der Metallindustrie unterstützt.

Hinweis: Bildmaterial und Mediendossier der Tagung sind unter www.sah.ch/fachtagung aufgeschaltet

Kontakt:

Christian Engeli, Mediensprecher SAH
E-Mail: christian.engeli@sah.ch
Mobile: +41/79/430'82'22

Hans-Jürg Fehr, Präsident SAH
Mobile: +41/79/686'26'11

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001955/100594046> abgerufen werden.